

Institutioneller Rassismus in deutschen Behörden

Der aktuelle Staatenbericht Deutschlands offenbart Mängel bei der Umsetzung des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung.

1969 ratifizierte die Bundesrepublik Deutschland das Internationale Übereinkommen und verpflichtet sich damit alle Maßnahmen zu ergreifen um Rassismus und Diskriminierung zu verhindern.

Am 5. und 6. Mai dieses Jahres nun überprüfte der Ausschuss der Vereinten Nationen für die Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (CERD) erneut wie Deutschland seine Verpflichtungen umgesetzt hat. Die Kommission beschäftigte sich dabei u.a. mit Themen rassistischer Positionen im öffentlichen Raum, der Bearbeitung rassistischer Taten durch Polizei und Justiz, Racial Profiling durch die Polizei, Rechtsschutz vor Diskriminierung und Unterbringung von Flüchtlingen.

Und mit Sorge beobachten die Mitglieder der UN-Kommission dabei institutionelle Mängel bei der Untersuchung rassistisch motivierter Taten, insbesondere auch bei der Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex. Die über Jahre hinweg erfolglosen Ermittlungen waren geprägt von einseitigen Einstellungs- und Verhaltensmustern, die einen systematischen Mangel bei den Behörden von Bund und Ländern belegt.

Zum Schutz aller Bewohnerinnen und Bewohner Deutschlands fordert CERD die Bundesregierung nachdrücklich dazu auf, die Einhaltung der Standards zu garantieren.

Zum NSU-Komplex ruft die Kommission u.a. dazu auf, das diskriminierende Verhalten der Ermittler gegen die NSU-Opfer und ihre Familien rechtlich zu belangen.

Damit bekräftigt der UN-Ausschuss die Forderungen des breiten Bündnisses aus Anwältinnen und Anwälten der Nebenklage im NSU-Prozess, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Nicht-Regierungs-Organisationen. Die Allianz gegen Rechtsextremismus unterstützt die Forderung ausdrücklich. (28.3.2015 / Gr.)

Weitere Informationen:

Bundesweites Bürgerbündnis
c/o Dr. Mehmet Daimagüler, Dr. Britta Schellenberger
E-Mail: md@daimaguler.com; britta.schellenberg@lrz.uni-muenchen.de

Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg
E-Mail: kontakt@allianz-gegen-rechtsextremismus.de

Parallelbericht des Bündnisses (Englisch):
http://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CERD/Shared%20Documents/DEU/INT_CERD_NGO_D_EU_20170_E.pdf

Vollständiger Bericht der CERD (Englisch):
http://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CERD/Shared%20Documents/DEU/INT_CERD_COC_D_EU_20483_E.pdf

Deutsches Institut für Menschenrechte
<http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/schutz-vor-rassismus/staatenberichtspruefung-2015/>